

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

StEP Wohnen 2040 verbindlich umsetzen! Roadmap zum Ausbau des gemeinwohlorientierten Wohnungsbestandes

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, eine Roadmap zu erstellen, welche die Teilschritte zur Umsetzung des Ausbaus des gemeinwohlorientierten Wohnungsbestandes von 111.000 Wohnungen bis 2040 definiert. Die Roadmap soll als transparentes und verbindliches Umsetzungskonzept des Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040 dienen und die jährliche Planung und Realisierung der Projekte unter folgende Angaben darstellen:

- Größe des Projektes (Stadtquartier; Bauvorhaben mehr als 200 WE; Nachverdichtung)
- Anzahl Wohneinheiten und Aufschlüsselung nach Typ (gefördert; genossenschaftlich; mietpreis-/belegungsgebunden; Fördermodell)
- Nennung anvisierter Projektentwickler/Bauträger
- Angabe und Details Vergabeverfahren bei genossenschaftlichem Wohnungsbau

Dazu sollen in einem Arbeitstreffen der AG Neubau mit Landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften entsprechende Zielvereinbarungen zur Operationalisierung getroffen werden.

Die Ergebnisse sind dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. März 2025 vorzulegen. Im Anschluss ist dem Abgeordnetenhaus jährlich zu Dezember über den Fortschritt, über Fertigstellungszahlen und Planungsanpassungen zu berichten.

Begründung

Der Berliner Senat schätzt ein aktuelles Defizit von 137.000 Wohnungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Laut Prognosen wird sich dieses Defizit bis 2040 durch den demografischen Wandel um 85.000 Wohnungen erhöhen. Um dem wachsenden Wohnraumbedarf gerecht zu werden, sollen nach dem aktuellen Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040 (StEP Wohnen 2040) bis zum Jahr 2040 insgesamt 220.000 neue Wohnungen entstehen, davon die Hälfte im gemeinwohlorientierten Sektor.

Um dieses Vorhaben in Hinblick auf die erschwerten Rahmenbedingungen (u. a. erhöhte Baukosten, Zinsentwicklung und steigende Materialkosten), die einbrechenden Neubautätigkeiten und die erneut nicht eingehaltenen Zielvorgaben der Senatsverwaltung anzugehen und die identifizierten Potenziale auszuschöpfen, bedarf es einer Operationalisierung und einer konkreten Umsetzungsstrategie. Dabei muss neben dem bestehenden Format der AG Neubau mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen ein besonderer Fokus auf genossenschaftliche Akteure gesetzt werden, denn um den Anteil an gemeinwohlorientiertem Wohnraum durch Genossenschaften zu halten, ist eine jährliche Erhöhung von rund 950 auf 1.900 Wohnungen durch Neubau und Erwerb erforderlich (vgl. DS 19/20206).

Berlin, den 26. November 2024

Jarasch Graf Schmidberger Schwarze
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen